Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 63 (1969)

Heft: 5

Artikel: Weltrundschau : hohe Politik in Bewegung ; Naher Osten - Westeuropa ; Das Ende des Gaullismus ; Indien - ein hoffnungsloser Fall? ; Revolutionäre Bewegungen? ; Gewaltprobe in Pakistan ; Und in hundert Jahren?

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-141595

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Hohe Politik in Bewegung Wieder einmal rollen die Weltereignisse in einem Zeitmass ab, bei dem unsere nur allmonatlich erscheinende Rundschau einfach nicht mehr mitkommt. Das Aprilheft war noch nicht in den Händen der Leser, als die Übersicht über die internationalen Ereignisse bereits wieder teilweise überholt war und erst heute, nach vier Wochen, einigermassen ergänzt werden kann. Das gilt vor allem von der Entwicklung der Lage in der *Tschechoslowakei.* Sie geht vollkommen geradlinig und planmässig weiter. Die Russen haben die Kundgebungen aus Anlass eines tschechoslowakischen Sportsieges über eine Sowjetmannschaft dazu benützt, endlich einmal sauberen Tisch in der Prager Staats- und Parteiführung zu machen. Dubcek, der neuerdings nach Moskau befohlen worden war, liess sich «freiwillig» absetzen; Smrkowsky wurde aus dem Parteipräsidium entfernt, und auch sonst wurden in allen Führungskörperschaften und einigermassen wichtigen Stellungen fast sämtliche Reformer fortgeschickt, so dass jetzt nur mehr zuverlässige Kollaborateure übrigbleiben, die den Befehlen aus Moskau weder inneren noch äusseren Widerstand entgegensetzen. Volle Gewähr für die Durchführung der «Normalisierungsmassnahmen» bietet vor allem der neue KP-Generalsekretär Gustav Husak, der sich zum ausgesprochenen Quisling entwickelt hat und nun beinah die gleiche verlogene Sprache redet, mit der die Moskauer Machthaber den Einmarsch in die Tschechoslowakei begründet haben. Und wenn je noch offener Widerstand gegen den neuen Kurs von irgendwoher versucht würde, der nach den Worten des bulgarischen Ministerpräsidenten Schiwkoff dazu bestimmt ist, «der Tschechoslowakei auf dem Weg zum Sozialismus weiterzuhelfen», so wird Husak schon dafür sorgen, dass alle «gegenrevolutionären» Neigungen mit Einsatz von Armee und Militär erstickt und wieder «Ruhe und Ordnung» geschaffen werden...

Unser ganzes Mitgefühl gehört dem tschechoslowakischen Volk, das die jüngsten Säuberungsmassnahmen mit verzweifelnder Schicksalsergebenheit hingenommen hat, aber dennoch unbedingt sicher sein darf, dass der Tag kommen wird, da ihm Freiheit, Recht und die Möglichkeit zu einem «Sozialismus mit menschlichem Gesicht» wiedergegeben werden. Für seine Führer haben wir freilich wenig Achtung mehr übrig, sowohl für diejenigen, die von Anfang an kompromissbereit waren und sich bis heute am Ruder gehalten haben, als für diejenigen, die der letzten Säuberungswelle zum Opfer gefallen sind – sie haben das reichlich verdient –, oder gar für die anderen, die sie ersetzt haben. Es erweist sich eben wiederum, dass der Kommunismus in Moskauer Prägung keine festen Charaktere hervorzubringen vermag, die unbeirrt und unverbrüchlich zu Wahrheit und Recht stehen – höchstens sture Fanatiker, für die «die Partei immer recht hat». Es wird auch in der Tschechoslowakei einer Wiedergeburt aus den tiefsten sittlichen und religiösen Kräften bedürfen, um von unten bis oben Menschen hervorzubringen, von denen man nicht nur einen kurzlebigen, trügerischen «Pra-

ger Frühling» erwarten kann, sondern einen standhaften, auch vor echten Opfern nicht zurückscheuenden Einsatz für die neue Welt, die wenigstens während eines kleinen geschichtlichen Augenblicks über der Tschechoslowakei aufgeleuchtet ist.

Von den übrigen Vorgängen in der Weltpolitik, auf die wir angespielt haben, hat besonders auch der Abschuss eines *amerikanischen Spionageflugzeugs* durch die *Nordkoreaner* internationales Aufsehen erregt. Es ist zwar wahrscheinlich, dass sich das Flugzeug nicht in die nordkoreanischen Hoheitsgewässer gewagt hat – so misstrauisch man besonders seit den frechen Lügen aus Washington im Zusammenhang mit dem Abschuss der Maschine des Piloten Powers durch die Russen im Jahr 1960 gegenüber amerikanischen Behauptungen auch sein muss. Auch die Frage, ob der Zusammenstoss nordvietnamischer Schnellboote mit amerikanischen Kriegsschiffen in der Bucht von Tonkin, der den Vorwand zur Eröffnung des Luftkrieges gegen Nordvietnam lieferte, wirklich ein mutwilliger Angriff der Nordvietnamesen gewesen sei, ist noch heute mindestens unentschieden. Aber was in aller Welt haben denn USA-Spionageflugzeuge überhaupt in der Nähe von Nordkorea zu suchen? Genügt den Verantwortlichen in Washington der Fall «Pueblo» immer noch nicht? Haben sie daraus wirklich nichts gelernt? Dass zum Schutz der 50 000 amerikanischen Soldaten in Südkorea (die dort sowieso nichts zu suchen haben) der Einsatz von Erkundungsflugzeugen nötig sei, die eine sechs Tonnen schwere Last elektronischer Apparaturen tragen, das glaubt kein verständiger Mensch. Und dass man politisch unverständige Militärs und Spionagefachleute internationale Zwischenfälle riskieren lässt in einem Augenblick, da die politische Zentrale nicht ein und nicht aus mit dem Vietnamkrieg weiss und in vorsichtigsten Entspannungsverhandlungen mit dem kommunistischen Lager steht, das wäre geradezu aberwitzig, wüsste man nicht, dass in Washington die linke Hand oft nicht weiss, was die rechte tut. Auf jeden Fall wundert man sich sehr, dass Präsident Nixon nichts Besseres zu tun wusste, als nun erst recht die Fortsetzung der «Aufklärungsflüge» anzuordnen, sogar unter militärischem Geleitschutz. Dass er nicht gleich einen Vergeltungsschlag gegen Nordkorea befahl, ist alles, was er seinem Verantwortungsbewusstsein abringen konnte. Offenbar hält er die von ihm getroffenen Massnahmen für eine genügende Erfüllung des Versprechens, das er während seines Wahlkampfes vom vergangenen Herbst in einer Rede abgab: «Wenn der Respekt vor den Vereinigten Staaten von Amerika so gering wird, dass eine viertrangige Militärmacht wie Nordkorea auf hoher See ein amerikanisches Schiff kapern kann, dann ist es an der Zeit, dass eine neue Regierung diesen Respekt wiederherstellt. Ich werde es nicht zulassen, dass Amerikas Flagge zur Fussmatte anderer Nationen wird.»

Eine Störung ihrer sowieso heiklen Beziehungen zur Sowjetunion, der Verbündeten Nordkoreas, durch einen Vergeltungsschlag gegen die «Seeräuber» oder gar einen «kleinen» Krieg mit Nordkorea hätte die Washingtoner Regierung freilich keinesfalls brauchen können. Ebensowenig einen dadurch nötig gewordenen verstärkten Einsatz ihrer Kräfte und Mittel in

Vietnam. Der Vietnamkrieg hängt ja Nixon förmlich zum Hals heraus. Er hat bei weitem nicht eingebracht, was man sich in Washington versprochen hatte, als man sich entschloss, der Regierung von Saigon in ihrem «Freiheitskampf» zu Hilfe zu eilen. Die Opfer, die dafür gebracht werden müssen, fallen deshalb um so schwerer ins Gewicht, nicht nur die unheimlichen Geldausgaben, die er verschlingt, sondern auch die Mannschaftsverluste, die immer fühlbarer werden, sind doch seit Anfang 1961 in Vietnam schon mehr Amerikaner getötet worden als im Koreakrieg (mit seinen fast 34 000 Toten). Auch den furchtbaren Leiden der südvietnamischen Zivilbevölkerung gegenüber kann die USA-Regierung nicht ganz empfindungslos bleiben. Von dem Bedürfnis, den Vietnamkrieg als Belastung für die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion aus der Welt zu schaffen, gar nicht erst zu reden. Aber noch immer will sich für die Vereinigten Staaten keine Möglichkeit zeigen, ihren Truppenbestand in Vietnam herabzusetzen, ohne eine Kettenreaktion höchst unerwünschter, ja verheerender Folgen für die amerikanische Weltstellung in Gang zu bringen. Und doch kann auch dieses sinn- und zwecklose Fortwursteln nicht gut noch unabsehbar lang weitergehen; lieber eine unbefriedigende Beendigung des Vietnamkrieges – so denkt offenkundig heute eine Mehrheit des amerikanischen Volkes – als dieser Schrecken ohne Ende!

Naher Osten – Westeuropa

Mit der «ewigen» *Nahostkrise* steht es ähnlich. Die Unmöglichkeit, Israelis und Araber an den Verhandlungstisch zu bringen, hat jetzt wirklich zu einem ernsthaften Versuch geführt, durch einen Machtspruch der «Vier Grossen» – Vereinigte Staaten, Grossbritannien, Sowjetunion und Frankreich – den beiden Streitparteien eine Lösung aufzuzwingen, die wenigstens die Gefahr eines neuen Krieges mit seinen unabsehbaren Folgen bannen könnte. Aber die in Washington geführten, streng geheimen Verhandlungen darüber sind bis jetzt ergebnislos geblieben. Die beiden angelsächsischen Mächte wollen nicht Israel vor den Kopf stossen und von ihm die bedingungslose Räumung der besetzten arabischen Gebiete verlangen; Frankreich und die Sowjetunion aber wollen den Arabern nicht zumuten, Israels Dasein und Sicherheit zu gewährleisten, solange die Israelis unter Sicherheit auch die Festsetzung von Grenzen verstehen, die besser zu verteidigen wären als die Grenzen von 1967. Ob die Araber nach wie vor das Dasein eines israelischen Staates überhaupt anzuerkennen bereit sind, gleichgültig wie seine Grenzen gezogen werden, das ist allerdings die letztlich entscheidende Frage.

Meine persönliche Überzeugung bleibt, dass es den arabischen Regierungen auf alle Fälle leichter fiele, den Judenstaat in Frieden zu lassen, wenn sie sicher sein könnten, dass Israel ausser flächenmässig geringfügigen Ansprüchen auf arabisches Gebiet (Gazastreifen, Golanberge) und abgesehen von einer Internationalisierung des Ostteiles von Jerusalem keinerlei Vergrösserung auf Kosten arabischer Staaten erstrebt. Und eine solche bindende Erklärung abzugeben, das kann und muss man von Israel tatsächlich verlan-

gen. Sicherheit durch Grenzerweiterungen zu gewinnen, bleibt eine grobe Selbsttäuschung und führt nur zu immer weiteren Begehren nach «besseren» Grenzen. In Wirklichkeit wird Israels Sicherheit nur durch eine internationale Rechtsordnung gewährleistet werden, auch wenn sie sich zunächst auf den Nahen Osten beschränkt, die aber doch machtmässig, durch die förmliche Verpflichtung der Vertragspartner zur Verteidigung Israels gegen irgendwelche Angriffe, unterbaut werden muss. Damit könnten und müssten sich auch die Araber abfinden, die lernen würden, Israel nicht mehr als Fremdkörper auf «ihrem» Boden zu empfinden, und von der Zusammenarbeit mit ihm nicht bloss im Blick auf die Flüchtlingsfrage, sondern ganz allgemein sozial, kulturell, wirtschaftlich und politisch nur gewinnen würden. Wenn die vier Mächte, die besonders am Nahen Osten interessiert sind, auf eine *solche* Lösung des Problems ausgingen, würde ihnen der Erfolg nicht versagt bleiben. Nur muss Israel, wie gesagt, auf Annexionen verzichten gegen den Eintausch international gesicherter Grenzen. Sonst läuft es Gefahr, dass die Grossmächte es zu zwingen suchen, die besetzten Gebiete *bedingungslos* herauszugeben, so wie es die Araber wollen.

Aber die Zeit drängt. Zwischen Israel und den Araberstaaten herrscht offener Kriegszustand. Am Suezkanal wird mit Artillerie und auf ägyptischer Seite auch mit Kommandovorstössen auf israelisch besetztes Gebiet gekämpft. Im Jordantal gehört Feuerwechsel zwischen israelischen und jordanischen Streitkräften fast zum täglichen Brot. Auch die Gefechte zwischen Syrern und Israelis sind eine sozusagen normale Erscheinung geworden. Und El-Fatah setzt ihren «privaten» Kleinkrieg gegen Israel munter fort. Wie lang geht es, bis aus all diesen Unternehmungen der neue Totalkrieg herausbricht? Die Sowjetunion, die Ägypten und Syrien freigebig mit Waffen beliefert hat, verstärkt längst durch Vermehrung der Zahl ihrer Kriegsschiffe im Mittelmeer ihre eigene Bereitschaft zum Eingreifen, falls es wirklich losgehen sollte...

Man sollte freilich meinen, die Russen hätten allen Grund, einen offenen Zusammenstoss mit den Vereinigten Staaten – die vorerst eben Israel noch nicht fallengelassen haben – ebenso sorgsam zu vermeiden, wie sie in den letzten Jahren darauf geachtet haben, sich durch den Vietnamkrieg ihre Zusammenarbeit mit Amerika nicht allzusehr stören zu lassen. Aber offenbar ist es gerade die berühmte Koexistenzpolitik, das heisst die Ausschaltung der Möglichkeit eines kriegerischen Austrages der west-östlichen Macht- und Interessengegensätze, die sehr einflussreiche Kräfte im Westen noch immer nicht wollen. Man sah das wieder anlässlich der Feiern zur Erinnerung an die *Gründung der NATO,* der Nordatlantischen Vertragsorganisation, die vor zwanzig Jahren erfolgt ist. Auch bei dieser Gelegenheit wurde das alte Märchen wiedererzählt, dass nur der militärische Zusammenschluss der Westmächte und ihre atomare wie hergebrachte Kriegsrüstung die Rote Armee verhindert habe, auch vollends Westeuropa zu überrennen und dem Sowjetreich einzuverleiben. Dabei weiss nächstens jedes Kind, dass die Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg, der ihr so fürchterliche Wunden geschlagen hat, anderes zu tun hatte, als auf die Eroberung Deutschlands,

Frankreichs, Englands und der übrigen «freien» Länder zu sinnen. Es sollte mindestens heute, wo man sieht, wie die Sowjetunion an dem tschechoslowakischen Bissen zu würgen hat, klar sein, dass sich die Moskauer Führer niemals der phantastisch-selbstmörderischen Vorstellung hingeben konnten, auch noch ein gewaltsam niedergeworfenes Westeuropa verschlucken und verdauen zu können. Die Russen von einem Angriff auf den Westen abzuschrecken, dazu brauchte es keine NATO. Was mit der NATO *in Wirklichkeit* versucht wurde, das war, die Sowjetunion mit Gewalt oder doch Gewaltdrohung auf ihre Kerngebiete zurückzuwerfen und womöglich überhaupt aufzulösen und auf jeden Fall die für sie günstigen Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges zunichte zu machen, also eine Politik wiederaufzunehmen, die durch die unvermeidliche Zusammenarbeit des Westens mit der Sowjetunion gegen den gemeinsamen Feind zeitweilig unterbrochen worden war, aber nach dem Tod Roosevelts sofort neuen Auftrieb gewonnen hatte.

Von dieser Politik versprach sich namentlich auch *Westdeutschland* entscheidende Vorteile, das unter amerikanischem Schutz als selbständiger Staat neuorganisiert, rekapitalisiert und remilitarisiert worden war. Dass der ganze grosse Plan vollkommen gescheitert ist und der kriegerische Antikommunismus Bankrott gemacht hat, liegt heute klar am Tag. Die Vereinigten Staaten haben jedenfalls keinerlei Ursache mehr, ihm nachzuhängen, weshalb Präsident Nixon denn auch der NATO neue, friedlichere und erfüllbare Aufgaben gestellt hat. Was die alte NATO-Politik tatsächlich erreicht hat, das ist freilich eine gewaltige Stärkung der nationalistisch-kapitalistischen Kräfte in der Bundesrepublik und die fast hoffnungslose Verfeindung zwischen den beiden deutschen Teilstaaten. Und die Unfähigkeit oder Unwilligkeit der übrigen Westmächte, besonders der Vereinigten Staaten, sich von diesen friedensgefährdenden Kräften in der Bonner Republik loszumachen, ist in der Tat der Hauptgrund dafür, dass die west-östliche Spannung mit allen ihr innewohnenden verhängnisvollen Möglichkeiten nach wie vor bestehen bleibt.

Die Sowjetunion hat zwar neuerdings – wie bekannt – den Vorschlag gemacht, eine gesamteuropäische *Friedenskonferenz* einzuberufen, die diesem Zustand ein Ende machen und auf der Grundlage der bestehenden Grenz- und Machtverhältnisse ein kriegsfreies Zusammenleben der europäischen Völker ermöglichen sollte. Im Westen ist dieser Vorschlag höchst kühl aufgenommen worden, nicht zuletzt unter Hinweis auf den sowjetischen Überfall auf die Tschechoslowakei, der angeblich den Angriffscharakter der russischen Aussenpolitik aufs neue beweise, wo er doch umgekehrt mit den Ausdehnungs- und Herrschaftsplänen Westdeutschlands begründet wurde. Und wenn auch der sowjetische Konferenzvorschlag vorderhand keinerlei Aussicht auf Verwirklichung hat, so hilft seine Beiseiteschiebung durch den Westen und vor allem durch die Bundesrepublik immerhin mit, die im Warschaupakt zusammengeschlossenen osteuropäischen Mittel- und Kleinstaaten unter der Vorherrschaft Moskaus zu halten, also gerade die Befreiung der Ostvölker «bis hin zum Ural» zu verhindern, die sich doch die antikommunistische Militärpolitik zum Ziel gesetzt hat.

Der westdeutsche Antisowjetismus – getragen von rauhen Machtpolitikern wie Franz-Josef Strauss, aber auch von geschmeidigen Exnazis wie Kiesinger – ist zwar im Bonner Teilstaat keineswegs mehr unangefochten. Sowohl die Sozialdemokraten als die Liberalen machen gegenwärtig in Entspannungspolitik gegenüber dem Osten und scheinen sogar bereit, mit der ostdeutschen Regierung in aller Form ins Gespräch zu kommen. Aber im September sind eben Neuwahlen zum Bundestag fällig, und mit den «Erfolgen» der bisherigen Ostpolitik ist vor einer doch etwas kritisch gewordenen Wählerschaft auf der Linken wirklich nicht viel Staat zu machen. Aber wenn die westdeutschen Wahlen den genannten zwei Parteien tatsächlich vorwärts helfen sollten und dann neue Koalitionen im Bundesparlament möglich würden, so ist es doch nicht undenkbar, dass in die westdeutsche Ostpolitik ein neuer Wind kommen könnte. In Amerika und England hätte man sicher nicht viel dagegen, und dass Frankreich auch ohne de Gaulle mit von der Partie wäre, wenn die NATO-Politik endgültig verlassen und ein dauerhafter Ausgleich zwischen Westeuropa und Sowjetblock gesucht würde, das versteht sich fast von selbst.

Das Ende des Gaullismus «Mon Général» hat seinen jähen Sturz natürlich sich selber zu verdanken. Die Reform des Senats und die Schaffung von 26 politischen «Regionen» waren keineswegs so überragend wichtige sachliche Neuerungen, dass de Gaulle sein Verbleiben im Präsidentenamt hätte von ihrer Annahme durch das Volk abhängig machen müssen. Aber für den Präsidenten war eben etwas anderes die Hauptsache. Seit den Maiunruhen von 1968 wusste er, dass sein persönliches Regiment tief erschüttert war. Hätten nicht die Rebellen schwere Fehler gemacht und die Kommunisten sie nicht tatsächlich im Stich gelassen: Herr de Gaulle wäre schon damals gestürzt worden, zumal das Referendum, das er angekündigt hatte, offen verfassungswidrig war und weiteste Volkskreise ihm noch mehr entfremdete. Die Panik, die seine Regierung dann entfesselte, indem sie den (ausgerechnet!) kommunistischen Umsturz als unmittelbar drohend an die Wand malte, vermochte zwar das erschreckte Kleinbürgertum und einen Teil der Arbeiterschaft noch einmal um den «Retter des Vaterlandes» zu scharen. Aber der ähnliche Trick, den de Gaulle mit seinem neuerdings ungesetzlichen Referendum vom 27. April 1969 anwandte – «Entweder ich oder das Chaos» – versagte diesmal. Die Volksmehrheit, wenn sie auch nur knapp war, hatte endgültig genug von de Gaulle. Und der ungekrönte König Frankreichs, der ausschliesslich von fortwährend wiederholten Vertrauenskundgebungen für seine Person lebte, musste wohl oder übel seinen politischen Tod selber anzeigen. Die Erpressung zog einfach nicht mehr. Wie manche andere Primadonnen hatte auch Charles de Gaulle den Augenblick verpasst, rechtzeitig, im Besitz des Vertrauens seines Publikums, von der Bühne abzutreten. Es ist ein unrühmlicher Abgang, zu dem er gezwungen war, ein Ende seiner Laufbahn, das jeder Grösse entbehrt. Man hätte dem Mann, dessen Verdienste um Frankreich

trotz allem nicht gering sind, einen würdiger beginnenden Ruhestand gönnen mögen...

Was nun innen- und aussenpolitisch in Frankreich kommen wird, liegt noch ganz im Dunkel. In den Regierungskanzleien der Westmächte atmet man zwar wieder freier und hofft, dass mit dem Ausscheiden des «alten Querkopfes» auch die Rolle Frankreichs als einer Weltmacht ersten Ranges, die er erstrebt hatte, ausgespielt sei. Ob das auch der Entspannung des Verhältnisses zum Sowjetlager förderlich sein wird, ist fraglich. Und was die französische Innenpolitik anlangt, so hängt alles davon ab, ob die Linksparteien die Weitsicht und Entschlossenheit aufbringen, das ganze politische System zu stürzen, das de Gaulle aufgebaut hatte, eingeschlossen das zynisch verfälschte Wahlrecht, das den Gaullisten den Schein einer parlamentarischen Mehrheitsstellung verliehen hat. Und ob die Linke dazu fähig sein wird, das ist erst recht fraglich. Frankreich geht jedenfalls grossen politischen und sozialen Kämpfen entgegen und wird vielleicht auch wirtschaftlich in eine schwierige Lage kommen, wenn der Franc abgewertet wird, wie man das jetzt vielfach vorausssagt.

Indien – ein hoffnungsloser Fall? Es tut immer gut, von unserem kleinen, alten Westeuropa weg den Blick auf die anderen Erdteile zu wenden. Gewiss, das Hemd ist uns näher als der Rock. Aber wie geringfügig, fast gleichgültig-nebensächlich kommen einem *unsere* gesellschaftlichen und politischen Fragen vor, sobald wir an die entsetzlichen Notstände denken, mit denen die Völker Asiens, Afrikas, Amerikas kämpfen müssen! Besonders erschütternd ist immer wieder, was man über *Indien* vernimmt, dieses Riesenland, in dem über eine halbe Milliarde Menschen – jedes Jahr 13 Millionen mehr – auf einem Raum leben, der, auf Europa übertragen, von Norwegen bis Sizilien und vom Atlantik bis zum Schwarzen Meer reichen würde. Was würde wohl Gandhi dazu sagen, wenn er sein Heimatland wiedersähe, er, der die Befreiung Indiens von der Fremdherrschaft als entscheidenden Schritt auf dem Weg zur Befreiung der verelendeten Volksmassen von Armut, Krankheit und Unwissenheit ansah? Auch Nehru erwartete von einem sich selbst regierenden Indien Grosses im Kampf für soziale Gerechtigkeit und politische Freiheit. Aber wenn seine Tochter Indira Gandhi die Dinge bei ihrem wahren Namen nennte, so würde sie nicht, wie sie es im letzten Jahr wieder einmal tat, behaupten, ihre Regierung sei in der Lage, Indien «in die Richtung zu bringen, die wir wollen – zu einem vorwärtsgerichteten Sozialismus». Sie würde einfach zugeben, dass bisher alle Bestrebungen in dieser Richtung gescheitert sind. Sogar ihr Verkehrsminister, Dr. V. K. Rao, musste unlängst feststellen, dass mindestens der dritte Fünfjahrplan ein Fehlschlag gewesen sei, und vom vierten Plan sagte er, er werde nicht imstande sein, der Bevölkerung Indiens bis 1975 ein Mindestmass an erträglichen Lebensverhältnissen zu geben. Auch das «Indische Institut für öffentliche Meinung» kam letzthin auf Grund seiner Untersuchungen zu dem Ergebnis, dass sich in den 21 Jahren indischer Unabhängigkeit die Lage der ärmeren Klassen nur ge-

ringfügig verbessert habe und die Früchte des Fortschritts bisher im wesentlichen den bereits zuvor bevorrechteten Schichten zugefallen seien.

Das sind wahrhaft niederschmetternde Feststellungen. Von Sozialismus kann man in Indien überhaupt nicht reden. Der Kapitalismus treibt auch dort seine giftigsten Blüten. Wie der Inder A. K. Thampy in der «Stimme der Gemeinde» (9. November 1968) zusammenfassend bemerkt: «Die beiden Klassen der kapitalistischen Gesellschaft, die Eigentümer der Produktionsmittel und das Proletariat, treten von Jahr zu Jahr deutlicher in Erscheinung. Sogar innerhalb der Klasse der kapitalistischen Besitzer werden die reicheren und mächtigeren Gruppen immer reicher und mächtiger. Ein halbes Dutzend gewaltiger Monopolgesellschaften beherrscht und kontrolliert die Finanzen und die Wirtschaft des Landes. Das Proletariat ist ausserstande, ein Mindesteinkommen und erträgliche Arbeitsbedingungen zu erhalten, es hat nicht einmal regelmässige, garantierte Arbeitsmöglichkeiten. Sogar nach konservativen offiziellen Schätzungen übersteigt das wachsende Angebot an Arbeitskräften die Zahl der geschaffenen Arbeitsplätze, und bei diesem Stand wird es problematisch werden, Beschäftigungen für die 53 Millionen Menschen zu finden, die in den nächsten zehn Jahren zusätzlich auf dem Arbeitsmarkt erscheinen werden. Die wachsende Zahl der Arbeitslosen und Teilzeitbeschäftigten beweist, dass hier ein soziales System existiert, in dem diejenigen, die kein Eigentum haben, auch keine Mittel zu einer einigermassen anständigen Lebensführung haben.»

Wir können uns von unserem satten Westen aus überhaupt nicht vorstellen, wie unter solchen Verhältnissen einige hundert Millionen Menschen seit Jahrzehnten, wenn nicht Jahrhunderten leben, das heisst langsam verhungern können, ohne dagegen dauernd zu rebellieren. (Das indische Kind kann bei seiner Geburt im Durchschnitt kaum mehr als 34 Jahre lang zu leben erwarten.) Die Entkräftung, an der diese Millionen dahinsiechen, ist so gross, dass sie meistens nicht einmal zu körperlicher und geistiger Gegenwehr ausreicht. Und wenn auch allmählich der Geist der Rebellion sogar im indischen Volk erwacht, so dass zum Beispiel im Jahr 1967 mehr einzelgebietliche Aufstände vorkamen als in den vorangegangenen acht Jahren zusammen, so ergibt sich die Masse des proletarisierten Volkes offenbar doch willenlos in das, was man sie als Schicksal anzunehmen gelehrt hat. Oder es kommt höchstens zu Verzweiflungshandlungen einzelner, wie der jenes kleinen Ladeninhabers, der sowohl als Bauer wie als «Geschäftsmann» Unglück gehabt hatte, dem zu allem hin auch noch die Frau gestorben war, und der dann keinen anderen Ausweg mehr wusste, als mit seinen sieben Kindern in den Tod zu gehen.

In Industrie, Gewerbe und Handel wie in der Landwirtschaft hat tatsächlich nur eine dünne Oberschicht den Nutzen von der Modernisierung und Ausweitung der Wirtschaft. Ja die mittleren und kleineren Unternehmer sind selber in Gefahr, von den Grosskonzernen, darunter solchen, die mit ausländischem Kapital arbeiten, aufgesaugt und ruiniert zu werden. Die Verschuldung Indiens ans Ausland wächst denn auch mit beunruhigender Stetigkeit an, so dass sie heute je Kopf der Bevölkerung mindestens 14 Dol-

lar beträgt – bei einem Einkommen, das je Kopf ganze 55 Dollar im Jahr erreicht.

Politische Demokratie ist natürlich neben einem Wirtschaftsfeudalismus und einer sozialen Diktatur, wie sie Indien kennzeichnen, ein leeres Wort. Von persönlichen und bürgerlichen Freiheitsrechten, die dem einzelnen von Wert sein könnten, gar nicht zu reden. Und dass in einem Land mit derart schroffen gesellschaftlichen Gegensätzen, wie Indien sie aufweist, so etwas wie Volksgemeinschaft nicht einmal als wenn auch fernes Ideal erstrebt werden kann, braucht nicht noch besonders hervorgehoben zu werden. «Konflikte in nie erlebter Schärfe», so sagt der indische Verfasser des vorhin erwähnten Aufsatzes, «brechen aus zwischen den Kasten, religiösen Gemeinschaften, sprachlichen und kulturellen Gruppen, Stämmen, Staaten und Gebieten. Natürlich verbergen sich dahinter die Konflikte und Konkurrenzen zwischen den Gruppen der herrschenden Klassen, die die Massen ihrer jeweiligen sozialen Gruppen in die Irre führen, um ihre Gegner zu schlagen. Mit anderen Worten: die herrschenden Klassen sind nicht nur weit davon entfernt, Indien auf demokratischer Basis zu einigen, sondern sie spalten und zerreissen die Nation.»

Revolutionäre Bewegungen Es scheint so eine schlechthin hoffnungslose Lage, in die Indiens übergrosse Volksmehrheit hineingeraten ist. Es *scheint* so, sagen wir. Denn in Wirklichkeit *gibt* es den rettenden Ausweg schon lang, den Weg zu Menschenwürde, Wohlstand für alle und sozialer Gerechtigkeit für das ganze Volk. Und er könnte auch schon lang beschritten sein, wenn die herrschende Partei – die Kongresspartei – mit der Schaffung einer *sozialistischen* Ordnung von Wirtschaft und Staat Ernst machte und sie nicht nur auf dem geduldigen Papier ihres Programms stehen liesse, wie das tatsächlich der Fall ist. Die besitzende Oberklasse und ihre Regierung tut – von Ausnahmen abgesehen – sogar alles in ihrer Macht Stehende, um alle Bewegungen auf ein sozialistisches Ziel hin zu ersticken, und erst recht um zu verhindern, dass etwa der «chinesische Weg» auch in Indien Nachahmung finde. Schon 1957 kam, wie man weiss, in der südwestindischen Provinz *Kerala* auf Grund freier Wahlen die Kommunistische Partei ans Ruder. Sie hatte während 17 Jahren parlamentarisch-demokratischen Kampfes viel unternommen und fertiggebracht, um die Lage besonders der Pächter und Landarbeiter zu verbessern. Jetzt hätte sie die Möglichkeit gehabt, auf breiter Front durchgreifende Boden- und Schulreformen zu verwirklichen. Aber nachdem rechtsstehende Katholiken und Hindus höherer Kasten die gesetzmässige Ordnung gesprengt hatten, griff die Zentralregierung in Delhi vollends mit bewaffneter Hand ein und setzte die kommunistische Provinzregierung ab. Nach zehn Jahren errang jedoch aufs neue eine Gruppierung der Linken, die «Einheitsfront», unter kommunistischer Führung die Mehrheit bei den Wahlen in Kerala. Innere Zwistigkeiten unter den Linksparteien und vor allem die Sperrung der notwendigen Nahrungsmittelzufuhr in die Provinz, die 40 Prozent ihres Bodens zum Anbau von Ausfuhrgetreide verwendet, durch die

Zentralregierung lähmten freilich abermals jede tatkräftige Reformpolitik. Streikbewegungen auf den Plantagen und in den Städten, Selbsthilfeaktionen von Hungernden, Protestkundgebungen aller Art, ja zum Teil auch bewaffnete Zusammenstösse auf dem Land sind seither an der Tagesordnung.

Auch in *Westbengalen* kam im Jahr 1967 bei den Provinzialwahlen die Einheitsfront an die Macht. Wilde Streiks und Landbesetzungen machten aber auch hier ein geordnetes Reformwerk unmöglich. Die Polizei unterdrückte schliesslich die Bauernunruhen, die in etwa 70 Dörfern mit 42 000 Einwohnern ihren Mittelpunkt hatten, und die Zentralregierung tat mit der Auflösung der Provinzialregierung im November 1967 das übrige. Aber schon bei den Zwischenwahlen im Februar des laufenden Jahres gewann die Einheitsfront wieder die Mehrheit. «Es wiederholt sich in Kalkutta», so kommentierte die «Neue Zürcher Zeitung» betrübt, «das ‚Phänomen Kerala', das in der Welt einzigartige Schauspiel, dass Kommunisten legal an die Macht kommen... Aus der grössten städtischen Agglomeration Indiens mit ihrem Industrieproletariat in trostlosen Slumvierteln und den vielfach im Freien übernachtenden Millionen von zugewanderten Landbewohnern oder Flüchtlingen heraus erwächst an sich schon ein Grundstock kommunistischer Wähler. Die Plünderungen und Brandschatzungen in Bombay sowie die andernorts zu beobachtenden Gewalttätigkeiten lassen zudem vermuten, dass die traditionelle, im Hinduismus wurzelnde Genügsamkeit des Inders in manchen Fällen (!) einer latenten Unzufriedenheit gewichen ist.»

Trotzdem macht man sich in Neu-Delhi keine grossen Sorgen wegen des Wahlsieges der westbengalischen Einheitsfront, die jetzt immerhin über 214 von 280 Abgeordneten verfügt. Die «Gemässigten» haben eben in ihren Reihen durchaus die Oberhand; auf streng parlamentarischem Boden stehend, dürften sie sich in den nächsten Jahren auf den Kampf um eine erweiterte Selbstregierung Westbengalens mit einem «volksdemokratischen» Programm beschränken, das sich hüten wird, an die Wurzeln der kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaftsverfassung zu rühren, wie das die *radikalen* Gruppen tun.

Damit ist bereits angedeutet, dass die Gegner der bestehenden Ordnung, die politisch-parlamentarisch von der Kongresspartei getragen wird, in sich selbst *gespalten* sind. Der Hauptgegensatz ist auch hier, wie zum Beispiel in Lateinamerika, derjenige zwischen *Rechtskommunisten* mit sowjetischer Parteilinie, eingeschlossen Parlamentsarbeit, und *Linkskommunisten* mit chinesischer Kampfführung. Wie die kanadische Professorin Kathleen Gough, die vier Jahre in südindischen Dörfern zugebracht hat, in der Neuyorker «Monthly Review» (Februar 1969) darlegt, kennzeichnet sich das Programm der «*rebellischen*» Linkskommunisten durch drei wesentliche Punkte: Kleinkrieg der Landbevölkerung mit Unterstützung der städtischen Arbeiterklasse als Weg zu einer radikalen Revolution; Ablehnung der parlamentarischen Arbeit als revisionistisch; und Erkenntnis der indischen Gesellschaft als vom amerikanischen Imperialismus und seinem Neukolonialismus beherrscht, mit der Kongressregierung als ausführendem Organ. Die «*rechtgläubigen*» Linkskommunisten sehen demgegenüber Indien als von

Grundbesitzern und Bürgertum beherrscht, wobei das Grossbürgertum nur «zunehmend mit dem Imperialismus zusammenarbeite». Die «Rebellen» ihrerseits gründen sich bewusst auf die moderne chinesische Parteilehre, während die «Rechtgläubigen» nur den parlamentarischen Kampf ablehnen. Also eine doppelte Spaltung innerhalb der kommunistischen Bewegung Indiens.

Die «rebellischen» Linkskommunisten stützen sich vornehmlich auf die rasch wachsende Zahl der besitzlosen Land- und Gelegenheitsarbeiter. Die «rechtgläubigen» Linkskommunisten anderseits sehen die indische Wirtschaft als eine Verbindung von imperialistischen, feudalen und nationalkapitalistischen Bestandteilen an und gehen als nächstes Ziel auf die Enteignung der ausländischen Unternehmungen und der indischen Monopolgesellschaften aus, verbunden mit der Enteignung der Grossgrundbesitzer und ehemaligen Fürsten; sie erwarten eine kleinbäuerliche Demokratie mit kleinen und mittleren Industriellen als Verbündeten. Die Verfasserin des erwähnten Berichtes glaubt nicht, dass in dieser Sicht eine wirklich durchgreifende Umgestaltung der indischen Wirtschaft und Gesellschaft möglich sei. Träger einer solchen Revolution könnten nur die Massen der Lohnarbeiter, Arbeitslosen und armen Pächter sein, deren Bewegung unmittelbar zum Sozialismus hin geführt werden müsse, ohne eine «nationaldemokratische» Zwischenrevolution. «Die gesellschaftliche Kraft und zahlenmässige Stärke einer solchen Bewegung wäre so gross, dass sie es sich leisten könnte, den reichen und mittleren Bauern, dem Kleinbürgertum und den Kleinindustriellen den freiwilligen Anschluss an ihre Sache zu überlassen, ohne Zugeständnisse zu machen, die ihre Interessen schwächen würden.»

Ob sich diese Erwartungen erfüllen werden, kann von unserem westlichen Standort aus überhaupt nicht beurteilt werden. Hoffnung für die Massen der indischen Menschen, deren jammervolle Lage uns immer wieder ans Herz greift, gibt es sicher nur im Rahmen einer ganz gründlichen sozialistischen Neuordnung von Wirtschaft und Politik. Aber wann und wie es dazu kommen wird, erscheint bei der gewaltigen Übermacht der am Bestehenden interessierten Kräfte völlig ungewiss. Die Wahrscheinlichkeit ist jedenfalls gross, dass diese konservativ-reaktionären Kräfte eher eine gegenrevolutionäre *Militärdiktatur* aufrichten als einen parlamentarischen oder ausserparlamentarischen Übergang zu einem sozialistischen Regiment annehmen werden.

Gewaltprobe in Pakistan Im zweigeteilten Nachbarland Indiens, in *Pakistan,* versucht es die herrschende Klasse ja schon lang mit der offenen Diktatur. Im Oktober 1958 ergriff der damalige Oberkommandierende der Armee, General Ayub Khan, die Zügel der Regierung. Die Politiker, die aus dem städtisch-kapitalistischen Bürgertum und der feudalen Grundbesitzerkaste stammten, hatten sich als unfähig erwiesen, die sozialen Spannungen und die wirtschaftlich-finanziellen Schwierigkeiten zu meistern, die in einem unterentwickelten Land voller innerer Gegensätze entstanden waren. Neben herausforderndem Reichtum

der wenigen stand die schwarze Armut der Massen, die auch politisch rechtlos geblieben waren. 20 Grossfamilien hatten 66 Prozent des Industriekapitals in Händen, dazu 79 Prozent des Versicherungs- und 80 Prozent des Bankkapitals. Das Kriegsrecht, das Marschall Ayub verhängte, wurde zwar durch eine neue Verfassung mit gewissen theoretischen Volks- und Parlamentsrechten abgelöst; aber tatsächlich regierte der Präsident – im Namen der Oberklasse – völlig eigenmächtig und deckte mit seiner Autorität eine unglaubliche Korruption, die sich in allen Zweigen der Wirtschaft und der Staatsverwaltung breitmachte. Die Protestbewegung, die in «normalen» parlamentarischen Formen keinerlei Betätigungsmöglichkeit hatte, ergriff nach den Städten und Industriegebieten auch die Landbevölkerung in weitem Umfang und nicht zuletzt die gebildeten Schichten. In *Ostpakistan* machte sich die Spannung besonders in blutigen Zusammenstössen zwischen Studenten und Polizei Luft, während gleichzeitig die Bestrebungen, der Provinz vermehrte Selbstregierung, wenn nicht tatsächliche Unabhängigkeit von Westpakistan (in dem das Schwergewicht des Gesamtstaates lag) zu erkämpfen, das Ihrige taten, um die Gefahr einer Sprengung des ganzen Staatsgefüges in die Nähe zu rücken. Die Zugeständnisse an die verschiedenen Oppositionskräfte, die Ayub Khan machte, blieben wirkungslos und stiessen sowieso auf den Widerstand der «harten» Ordnungsmächte, verkörpert in der Armeeführung. Kurz, der Augenblick schien gekommen, um durch einen neuen militärischen Staatsstreich die Lage zu retten und die überbordende Aufstandsbewegung mit dem Aufgebot aller staatlichen Machtmittel zu unterdrücken.

Am 25. März 1969 übergab Präsident Ayub denn auch die Macht «freiwillig» seinem Armeeoberkommandanten, General Yahya Khan, der nicht zögerte, wie Ayub zehneinhalb Jahre zuvor, das Kriegsrecht in Kraft zu setzen und mit äusserster Schärfe jeden Widerstand gegen das Regime zu ersticken. Vorerst mit dem Erfolg, dass äusserlich wieder «Ruhe und Ordnung» herrscht, wie die anrüchige Formel aller (revolutionären und gegenrevolutionären) Diktaturmächte lautet. Aber von irgendeiner Aussicht auf die Behebung der krassen Missstände, die schliesslich zum Aufruhr geführt hatten, kann natürlich keine Rede sein. Besonders Ostpakistan ist alles andere als beruhigt. Man spricht sogar von Bestrebungen, Ostpakistan (Ostbengalen, wie es früher hiess) mit dem indischen Westbengalen zu einer politischen Einheit zusammenzuschliessen, die neben Indien und Pakistan ein selbständiges Staatsgebilde werden müsste. Dazu wird es freilich kaum kommen; schon die alte Feindschaft zwischen ostpakistanischen Mohammedanern und westbengalischen Hindus steht dem im Weg. Hingegen scheint es nicht ausgeschlossen, dass sich Ostpakistan von Westpakistan trennt und unter irgendwie kommunistischem Einfluss in den Strahlungsbereich Chinas gerät. Ob und wie inzwischen die sozialen und wirtschaftlichen Spannungen gemildert werden können, die Ost- wie Westpakistan erschüttern, wird man ja sehen. Die neue Militärdiktatur Yahyas wird dieser Aufgabe auf jeden Fall so wenig gewachsen sein wie die alte Ayub Khans.

Und in hundert Jahren? Indien (und Pakistan) hat mit besonders erdrückenden Schwierigkeiten zu kämpfen, weil hier eine riesige und schnell wachsende Bevölkerung einem Nahrungsmittelvorrat gegenübersteht, der bei der rückständigen Landwirtschaftstechnik und der widersinnigen Gesellschaftsordnung dieses Landes gänzlich ungenügend ist. Muss das aber auf absehbare Zeit so bleiben? In einem Ausblick auf den Zustand der Welt im Jahr 2069 bestreitet es Paul Johnson, der Chefredaktor des Londoner «New Statesman» (in der Nummer vom 28. März) entschieden, vorausgesetzt allerdings, dass die Menschheit alles tue, um einer Hungerkatastrophe vorzubeugen. In der Erzeugung neuer Getreidearten, so sagt er, seien in der letzten Zeit sensationelle Fortschritte erzielt worden. Indien dürfe zuversichtlich erwarten, dass es anfangs der 1970er Jahre seinen Nahrungsmittelbedarf selber decken könne. Anderseits werde der Gebrauch von Empfängnisverhütungsmitteln sich so rasend schnell verbreiten, dass die «Bevölkerungsexplosion» niemandem mehr Sorge zu bereiten brauche. Bereits habe Japan sein Bevölkerungsproblem weithin gelöst. Und auch in Indien sei in gewissen grösseren Staaten die Geburtenzahl von über drei Prozent auf unter zwei Prozent herabgedrückt worden. In den nächsten zehn oder zwanzig Jahren werde wahrscheinlich die Bevölkerung Indiens auf dem gleichen Stand gehalten werden können, also nicht weiter zunehmen.

Dann eröffnet Johnson aber von hier aus einen Ausblick auf eine Umwälzung unserer ganzen Zivilisationsgrundlage, die schlechterdings phantastisch anmutet. Der allgemeine Gebrauch empfängnisverhütender Mittel, so folgert er, bringe bis in hundert Jahren «einen viel höheren Grad sexueller Freiheit als irgend etwas, das wir uns gegenwärtig überhaupt vorstellen können». Und nicht nur das; man könne noch weiter gehen und voraussagen, dass bis 2070 «die Frauen nicht mehr genötigt sein werden, ihr Kind in ihrem eigenen Leib hervorzubringen. Viele werden es zweifellos noch tun, wenigstens einmal vielleicht; aber nur wenige, so vermute ich, werden die Erfahrung wiederholen wollen, wenn ihnen eine andere Möglichkeit zur Verfügung steht. Nimmt man diese beiden Umstände zusammen und fügt ihnen als weiteren Umstand eine Revolution in den überlieferten Moralbegriffen bei, die sich aus einem Zusammenbruch der förmlichen Religion ergeben müssen, so glaube ich nicht, dass die Einrichtung der Familie, wie wir sie verstehen, überhaupt weiterleben wird. Die Menschen werden einfach aufhören zu heiraten.»

Aber auch damit nicht genug. Die Langlebigkeit werde, wie Johnson glaubt, derart zunehmen, dass es sinnlos erscheinen werde, unbegrenzt lang weiterzuvegetieren. «Früher oder später muss die Gesellschaft den Menschen das Recht geben, zu sterben, wann sie wollen, wo sie wollen und wie sie wollen. Ich bin vollkommen sicher, dass wir innert der nächsten hundert Jahre imstande sein werden, unser eigenes Leben im vollen Sinn zu planen und es zu beendigen, wenn wir glauben, dass das Leben uns nichts Wertvolles mehr zu bieten hat. Das ist eine neue Freiheit, die wir gewinnen müssen.»

Von anderen, vielleicht weniger «revolutionären» Zukunftsbildern, die der Verfasser dieses Rückblicks aus dem Jahr 2070 entwirft, wollen wir schweigen. Wir fragen uns nur, wie es überhaupt möglich ist, im Ernst zu glauben, dass eine Menschheit, die alle menschlichen und göttlichen Gesetze derart mit Füssen tritt, wie es Johnson voraussieht, noch lebensfähig sein wird. Schon heute, da die geistige und sittliche Entartung des gesellschaftlichen Zusammenlebens viel weniger weit fortgeschritten ist, drängt sich einem ja immer wieder die Frage auf, wie lang ein derartiger «Kulturzustand» noch andauern könne, ohne zu einer Katastrophe im Weltmassstab – ob nun durch Entfesselung eines Atomkrieges oder in anderen Formen – zu führen. Was soll aber erst aus einer Menschheit werden, die auf Wege gerät, wie sie der englische Beobachter vorzeichnet? Kein Apokalyptiker hat Phantasie genug, um das auszudenken und zu beschreiben. Aber wie die biblische Apokalypse nicht mit ihren Schreckens- und Untergangsbildern schliesst, sondern mit dem Ausblick auf eine neue Menschheit in der «Gottesstadt», so wissen wir, dass auch die ärgsten Verirrungen der Menschen nicht das letzte Wort der Geschichte sein werden, so titanische Formen sie allerdings vielleicht annehmen werden. Und wer sagt uns, dass es überhaupt zu den Verirrungen kommen müsse, die uns selbsternannte Zukunftspropheten als unausweichlich für das kommende Jahrhundert verkünden? Werden nicht die Gottesreichskräfte, die in so vielerlei Gestalt trotz der offenkundigen Religionskrise längst am Werk sind, schon vorher, rechtzeitig, durchbrechen und den «neuen Himmel und die neue Erde» erbauen, die uns verheissen sind?

Ende April. *Hugo Kramer*

Thomas Mann hat in seiner im Exil gehaltenen Rede «Vom zukünftigen Sieg der Demokratie» die Demokratie als diejenige Staats- und Gesellschaftsform bezeichnet, welche vor jeder andern inspiriert ist von dem Gefühl und Bewusstsein der Würde des Menschen. Diese Würde gilt es auch in der biologischen Revolution unter allen Umständen zu wahren. Darin liegt eine grosse politische Aufgabe der Zukunft.

Kantonsratspräsident Dr. Gilgen

Dr. Kathia Adler †

Nun ist am 4. Mai auch Kathia Adler, die mutige und hilfreiche Sozialistin, von uns gegangen. Sie kam 1879 in Lida im russischen Litauen zur Welt und wuchs im patriarchalischen Milieu einer orthodox-jüdischen Familie auf. Da ihr als Jüdin das Universitätsstudium im zaristischen Russland verwehrt war, übersiedelte sie 1898 nach Zürich und doktorierte dort in Physik.

In Zürich lernte Kathia auch ihren Mann kennen. Der grosse Sozialist Friedrich Adler führte zu Anfang des Ersten Weltkrieges einen schweren Kampf gegen seine eigene Partei, der er vorwarf, nichts gegen den Krieg